

Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum in der Gemeinde Köniz; Detailbericht, Massnahmen und organisatorische Neuausrichtung im Bereich Sicherheit im öffentlichen Raum.

Kenntnisnahme, Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Bericht und Antrag des Gemeinderates an das Parlament

1. Ausgangslage

Im Rahmen der Legislaturplanung 2006 – 2009 hat der Gemeinderat im Bereich Sicherheit das Ziel „Die Bevölkerung fühlt sich sicher im privaten und öffentlichen Bereich“ formuliert. Für Politik und Polizei ist es dabei von grosser Bedeutung, mehr über das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu wissen. Mit Beschluss 296 hat der Gemeinderat am 27. Mai 2009 den entsprechenden Nachkredit in der Höhe von Fr. 62'000.00 für eine repräsentative Bevölkerungsbefragung in Auftrag gegeben. Mit einer Präsentation konnten dem Gemeinderat am 16. Dezember 2009 die Resultate der Bevölkerungsbefragung (Telefoninterview) und der Befragung aller Oberstufenschülerinnen und –Schüler (schriftlicher Fragebogen) unterbreitet werden. Zwischenzeitlich hat die mit Vertretern der Abteilung Verkehr und Unterhalt, der Abteilung Gemeindebauten, der Abteilung Bildung und Sport, der Fachstelle Prävention und der Abteilung Sicherheit zusammengestellte Arbeitsgruppe die vorliegenden Resultate analysiert und entsprechende Massnahmen zur Sicherheitsoptimierung erarbeitet, welche der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 15. September 2010 beschlossen hat.

2. Zusammenfassung Detailbericht

Die Bevölkerungsbefragung umfasst zwei Bereiche. Einerseits gab es 808 (378 Männer/430 Frauen) telefonische Interviews bei der Wohnbevölkerung ab 18 Jahren aus allen Gemeindegebieten, bei welcher sich die Angefragten zum Thema Sicherheit zu Hause und im öffentlichen Raum äussern konnten. Zum anderen wurden 498 Oberstufenschülerinnen und 469 Oberstufenschüler durch einen schriftlichen Fragebogen allgemein zum Thema Sicherheit und speziell zum Thema Jugendgewalt befragt.

Die wichtigsten Ergebnisse sind:

Lebensqualität

82% der Bevölkerung und 68% der Schülerinnen und Schüler beurteilen ihre Lebensqualität als gut bis sehr gut. Lediglich je 2% beurteilen ihre Lebensqualität als nicht gut bis überhaupt nicht gut.

Sicherheitsempfinden

98% der Bevölkerung und der Schülerinnen und Schüler fühlen sich tagsüber zu Hause eher sicher bis sehr sicher.

Tagsüber draussen fühlen sich 98% der Bevölkerung und 95% der Schülerinnen und Schüler eher sicher bis sehr sicher.

Während der Nacht daheim fühlen sich 95% der Befragten eher sicher bis sehr sicher. 75% der Bevölkerung und 63% der Schülerinnen und Schüler fühlen sich von 1800 Uhr bis Mitternacht eher sicher bis sehr sicher.

Nach Mitternacht bis in die frühen Morgenstunden fühlen sich immer noch 63% der Bevölkerung eher sicher bis sehr sicher.

13% der Befragten haben das Gefühl, dass die allgemeine Sicherheit in den letzten 5 Jahren zugenommen hat. Für 62% ist sie gleich geblieben und für 24% hat die allgemeine Sicherheit abgenommen.

Sicherheitsprobleme

27% der Bevölkerung geben an, dass der Strassenverkehr allgemein und die Verkehrszunahme als dringendstes Sicherheitsproblem gelöst werden sollte. 14% geben die Kriminalität allgemein und die Gewalt an. Für 11% sind herumhängende Gruppierungen/Jugendliche das dringendste Sicherheitsproblem. 9% erwähnen Einbrüche, Diebstähle, Raub und Überfälle. Für 8% ist es Vandalismus und Sachbeschädigung und für 6% ist die Unachtsamkeit im Strassenverkehr das dringendste Problem. Kriminalität in Schulhäusern, unter Jugendlichen/Jugendbanden geben 4%, Belästigungen/Anpöbeleien geben 4% und ungenügende Beleuchtung geben 3% als dringendstes Sicherheitsproblem an, das gelöst werden muss.

95% der Bevölkerung und 23% der Schülerinnen und Schüler geben an, dass sie tagsüber keine Orte meiden. Nur 1% der Bevölkerung und 5% der Schülerinnen und Schüler meidet tagsüber Bahnhöfe. 10% der Schülerinnen und Schüler meiden Bahnhöfe und 6% meiden Schulhäuser.

52% der Bevölkerung und 17% der Schülerinnen und Schüler geben an, dass sie nachts/in der Dunkelheit keine Orte meiden. Bahnhöfe werden von 11% der Bevölkerung und von 50% der Schülerinnen und Schüler gemieden. Strassen allgemein und der Wald werden je von 5%, Haltestellen des ÖV von 4% und Quartiertreffpunkte inkl. Jugendzentren von 4% der Bevölkerung gemieden. 29% der Schülerinnen und Schüler meiden Quartiertreffpunkte inkl. Jugendzentren, 28% meiden Freizeitanlagen(z.B. Gurten, Park), 27% meiden Haltestellen des ÖV, 21% meiden Schulhäuser und Kinderspielplätze und 20% meiden nachts öffentliche Plätze.

Als sehr grosses Problem wird von der Bevölkerung das Littering (19%), der Strassenverkehr (15%), Vandalismus und Sprayereien (14%) und die Jugendgewalt (9%) bezeichnet. Von den Schülerinnen und Schüler wird die Drogenszene(17%), das Littering (16%), die Gewalt allgemein (15%), Vandalismus und Sprayereien (13%) und Rassismus/Ausländerfeindlichkeiten (12%) als sehr grosses Problem angesehen.

70% der Bevölkerung und 46% der Schülerinnen und Schüler können sich vorstellen, in den nächsten 2 Jahren Opfer im Strassenverkehr zu werden. Als mögliche Opfer von Sachbeschädigungen können sich 69% der Bevölkerung und 66% der Schülerinnen und Schüler vorstellen. Als Diebstahlopfers (Auto, Motorrad/Velo) können sich 64% der Bevölkerung und 72% der Schülerinnen und Schüler und als Opfer von Handy-/ Internet-Terror können sich 37% der Bevölkerung und 47% der Schülerinnen und Schüler vorstellen.

Auf die Frage, auf welche Art man den Strassenverkehr in Köniz sicherer machen könnte, gab die Bevölkerung hauptsächlich an; durch mehr Präventionsmassnahmen allgemein (61%), durch mehr Geschwindigkeitskontrollen (60%), durch bessere Schulwegsicherung (60%), durch mehr Verkehrserziehung an Schulen (58%), durch allgemein mehr Verkehrskontrollen (54%) und durch mehr Kontrollen von Velofahrern (54%). Schülerinnen und Schüler nannten Präventionsmassnahmen allgemein (53%), mehr Geschwindigkeitskontrollen (52%), signalisierte Temporeduktionen (43%) und bessere Schulwegsicherung (41%).

Polizei-Schutz und Vertrauen in die Ordnungshüter

10% der Bevölkerung und 15% der Schülerinnen und Schüler gaben an, dass die Polizei die Sicherheit der Könizer Bevölkerung hervorragend gewährleistet. 66% der Bevölkerung und 60% der Schülerinnen und Schüler sehen den Schutz als genügend an. 14% der Bevölkerung und 23% der Schülerinnen und Schüler sehen den Polizeischutz eher oder sehr ungenügend. Im Durchschnitt geben Letztere an, dass hauptsächlich zuwenig Präsenz/Patrouillen (49,5%), geht zu lange, bis

vor Ort (39%), Polizei nimmt Bevölkerung nicht ernst (32,5%) und greift zu wenig hart ein (31%) die Ursache für ihr Empfinden sei.

44% der Bevölkerung und 41% der Schülerinnen und Schüler finden, dass die Polizei überall genügend aktiv ist. 42% resp. 55% sind der Meinung, dass die Polizei in bestimmten Bereichen vermehrt aktiv sein sollte. Vermehrt aktiv sein sollte die Polizei hauptsächlich in den Bereichen, Jugendkriminalität, /-Gewalt (17% resp. 60%), Patrouillendienst (39% resp. 21%) Gewalttaten (3% resp. 60%), Diebstähle (5% resp. 50%) und Vandalismus (12% resp. 40%). Schülerinnen und Schüler nannten zudem die Bereiche Drogenhandel/Drogenkonsum (61%), Alkoholkontrollen (50%) und Ausländerkriminalität (39%). Mit Videoüberwachungen aktiv sein nannten lediglich 1% der Bevölkerung resp. 13% der Schülerinnen und Schüler.

63% der Bevölkerung und 45% der Schülerinnen und Schüler haben hohes bis sehr hohes Vertrauen in die Polizei. Lediglich 2% der Bevölkerung und 11% der Schülerinnen und Schüler haben wenig bis sehr wenig Vertrauen in die Polizei in Köniz.

Sicherheit in Schulhäusern (nur Schülerinnen und Schüler)

22% sind besorgt und 75% sind nicht besorgt, dass ihnen an der Schule einmal etwas passieren kann. 73% der besorgten Schülerinnen und Schüler geben als Grund für ihre Sorge an, dass Sachen gestohlen, beschädigt oder kaputt gemacht werden. 64% sorgen sich wegen Beschimpfungen und Beleidigungen. 56% teilen ihre Sorge betreffend Prügel und Schläge mit und 39% haben Angst, dass sie ausgegrenzt oder ausgelacht werden könnten. 35% fürchten körperliche Übergriffe, 30% haben Angst, dass sie erpresst werden könnten und 28% haben Angst, dass jemand Waffen benutzt.

In den Schulanlagen fühlen sich Schülerinnen und Schüler grundsätzlich eher bis sehr sicher. Als eher oder ganz unsichere Orte wurden Umziehkabinen und WC / Duschen mit je 10% angegeben. 92% der Befragten fühlen sich auf dem Schulweg eher bis sehr sicher.

Wenn es Vorfälle wie Gewalt an den Schulen gab, bleibt es für 42% unter den Schülerinnen und Schüler. Für 50% der Befragten erfahren solche Vorfälle die Lehrkräfte oder andere erwachsene Personen. Wenn den Schülerinnen und Schülern etwas passiert, wenden sich 80% an Freunde, 75% an Eltern, 72% an den Klassenlehrer und jeweils 56% an andere Lehrkräfte oder an Schulsozialarbeiter/Jugendarbeiter.

Eher bis sehr sicher vor Gewalt fühlen sich 89% der befragten Schülerinnen und Schüler.

Fazit

- Für Bevölkerung und Schülerinnen und Schüler ist die Lebensqualität in der Gemeinde gut bis sehr gut.
- Tagsüber besteht ein hohes, nachts draussen eher ein mässiges Sicherheitsgefühl.
- Erwachsene fühlen sich draussen und Jugendliche daheim sicherer
- Die allgemeine Sicherheit ist über die letzten 5 Jahre stabil geblieben
- Der Strassenverkehr ist bei der spontanen Befragung das dringendste Sicherheitsproblem. Bei der gestützten (*Problemthemen vorgelesen*) Abfrage aber eher als geringes Problem bezeichnet.
- Nachts meidet die Hälfte der Jugendlichen Bahnhöfe und rund 30% meiden ÖV-Haltestellen, Quartiertreffpunkte und Freizeitanlagen. Für die Hälfte der Erwachsenen gibt es nachts keine Orte die sie meiden.
- Littering und Vandalismus/Sprayereien erscheinen vor Jugendgewalt als grösste Problemthemen.
- Am häufigsten fürchtet sich die Bevölkerung davor, Opfer im Strassenverkehr und von Sachbeschädigungen zu werden.
- Schülerinnen und Schüler fürchten sich am meisten vor Diebstahl, Sachbeschädigungen und Handy-/Internet-Terror bzw. Opfer im Strassenverkehr zu werden.
- Polizeischutz nicht hervorragend, aber „genügend“.
- Rund die Hälfte der Jugendlichen wünscht sich vermehrte Polizeiaktivität; dies besonders in den Bereichen Drogen (Handel/Konsum), Gewalttaten und Jugendkriminalität.

- Das Vertrauen in die Polizei ist auf einem hohen Niveau.
- Vermehrte Aktivität im Bereich der Videoüberwachung ist für Bevölkerung und Jugendliche kein grosses Anliegen.
- Ein Fünftel der Jugendlichen ist besorgt, dass Ihnen an der Schule etwas passieren kann; vor allem die Angst vor Diebstählen/Beschädigungen von persönlichen Gegenständen, Angst vor Beschimpfungen und vor Schlägen, steht im Vordergrund.
- Im Schnitt fühlen sich Schülerinnen und Schüler an der Schule aber sicher. Unsicherste Orte sind WC/Dusche und Umziehkabine.
- Die Hälfte aller Vorfälle an Schulen werden gemäss Schätzung der Jugendlichen bei Lehrkräften /Eltern bekannt.

3. Massnahmen zur Sicherheitsoptimierung

Der Massnahmenliste kann entnommen werden, dass die Resultate der Befragung im Sinn von Sofortmassnahmen als Grundlage für die Jahresplanung 2010 bezüglich Leistungseinkauf bei der Kantonspolizei Bern dienen. Ebenfalls ist ersichtlich, welche Massnahmen bereits in die Legislaturplanung aufgenommen wurden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das Parlament nimmt Kenntnis vom Detailbericht der Bevölkerungsbefragung zum Thema Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum in der Gemeinde Köniz, sowie von den vom Gemeinderat beschlossenen Massnahmen und der organisatorischen Neuausrichtung im Bereich „Sicherheit im öffentlichen Raum“.

Köniz, 15. September 2010
Der Gemeinderat

Beilagen

1. Detailbericht der Firma DemoScope vom 20. Januar 2010
2. Liste der vom Gemeinderat beschlossenen Massnahmen
3. Organisatorische Neuausrichtung im Bereich Sicherheit im öffentlichen Raum

**Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum in der Gemeinde Köniz
Massnahmen, beschlossen durch Gemeinderat an seiner Sitzung vom 15. September 2010**

Problembereiche	Massnahmenbeschreibung	Umsetzung vorgesehen	Bemerkungen
Organisation/ Zuständigkeiten	Organisatorische Neuausrichtung im Bereich „Sicherheit im öffentlichen Raum“	2010	Gemeinderatsbeschluss vom 15. September 2010 vgl. Beilage 3 zum Parlamentsantrag
Prävention Vandalismus, Littering und Jugendgewalt	Im Rahmen der Schwerpunkteplanung wurden mind. 2 Patrouillen der KAPO pro Monat für das Areal der Villa Bernau und für das Areal Liebefeldpark festgelegt.	Ab 2010	Sofortmassnahme im Rahmen der Jahresplanung betreffend Leistungseinkauf bei der KAPO. Auftrag wird jährlich überprüft und angepasst.
	Im ganzen Gemeindegebiet wurden für die sogenannten Brennpunkte wie Bahnhöfe, Schulhäuser, Kirchen Busstationen, Jugendtreffs Beratungen (Winter 1x, Sommer 2x pro Woche) festgelegt.	Ab 2010	Als Sofortmassnahme im Rahmen der Jahresplanung betreffend Leistungseinkauf bei der KAPO. Auftrag wird jährlich überprüft und angepasst.
	Konsequente Durchsetzung der Gesetze durch die KAPO in den Bereichen Drogenkonsum, Gewalt und Vandalismus. Aussprechen von Ordnungsbussen gemäss kant. Polizeigesetz in den Bereichen Littering, Verunreinigung, Nachtruhestörung und unanständiges Verhalten.	Ab 2010	Als Sofortmassnahme im Rahmen der stattfindenden Reportingsitzungen betreffend Leistungseinkauf bei der KAPO.
	Im öffentlichen Raum werden „Tags“ konsequent innerhalb von 24h entfernt und es wird ein Graffitienschutz angebracht resp. erneuert.	Bis 2013	Legislaturplanung 2010 bis 2013 Massnahme 7.1.1
	Mit allen Fast-Food-Anbieter werden Vereinbarung betreffend Abfallentsorgung und Reinigung abgeschlossen und konsequent umgesetzt	Bis 2013	Legislaturplanung 2010 bis 2013 Massnahme 7.1.2
	Littering wird durch die KAPO konsequent gebüsst	Bis 2013	Legislaturplanung 2010 bis 2013 Massnahme 7.1.2

	Koordination aller auf Anlagen im Gemeindegebiet eingesetzten privaten Sicherheitsdienste.	Ab 2010	Koordination durch neue Arbeitsgruppe „Sicherheit im öffentlichen Raum“.
	Mit gezielter Betreuung von auffälligen Jugendlichen sollen systembedingte Schlupflöcher in der sozialen Betreuung (AJG, Vormundschaft, Jugendarbeit und Schulsozialarbeit) schliessen.	Ab 2010	Aufgabe der Arbeitsgruppe Jugend
	Rasche Bereitstellung eines Jugendtreffs Köniz/Liebefeld (zur Entlastung des Schliertreffs)	2011	Zuständigkeit AJG Legislaturplanung 2010 bis 2013 Massnahme 3.3.2 Kredit genehmigt durch Parlament am 23.08.2010
	Installation der geplanten „runden Tische“ im Spiegel und in Köniz/Liebefeld	2012	Aufgabe der Arbeitsgruppe Jugend
	Strukturelle Neuausrichtung der offenen Jugendarbeit und Bildung eines Interventionsteam im öffentlichen Raum ((intervenierende Sozialarbeit)	2012	Zuständigkeit AJG-juk Legislaturplanung 2010 bis 2013 Massnahme 3.3.1 Es handelt sich dabei um eine mobile Einsatzgruppe auf Strassen, Plätzen, Schulanlagen etc., welche die Verhaltensregeln kommuniziert, bei Konflikten vermittelt, bei Unordnung, Lärm, Suchtmittelkonsum interveniert und gefährdete Jugendliche an die zuständigen Stellen weiterleitet. Diese Massnahme bedingt die Anpassung des Leistungsvertrages zwischen der juk und der Gemeinde und die Prüfung einer Integration der offenen Jugendarbeit in die Verwaltung.
Verkehrssicherheit	Für die Erhöhung der Verkehrssicherheit in der Begegnungszone Fahrverbot mit Zubringerdienst auf dem Bahnhofgelände Sonnenweg wurden für das Jahr 2010 insgesamt 12 Verkehrskontrollen durch die KAPO eingekauft.	Ab 2010	Sofortmassnahme im Rahmen der Jahresplanung betreffend Leistungseinkauf bei der KAPO. Auftrag wird jährlich überprüft und angepasst.
	Für die Erhöhung der Verkehrssicherheit wurde der KAPO eine Bedarfsliste mit reklamierten Standorten für zusätzliche mobile Geschwindigkeitskontrolle eingereicht.	Ab 2010	Sofortmassnahme im Rahmen der Jahresplanung betreffend Leistungseinkauf bei der KAPO. Auftrag wird jährlich überprüft und angepasst.
	Blaue Zonen mit Anwohnerparkkarten im städtischen Gebiet flächendeckend einführen	Bis 2012	Legislaturplanung 2010 bis 2013 Massnahme 7.2.1

	Anzahl Visi-Speed Geräte (Geschwindigkeitsanzeige) von heute 2 auf 5 erhöhen	Bis 2012	Legislaturplanung 2010 bis 2013 Massnahme 7.2.2
	Mit dem Einsatz einer sogenannten semistationären Geschwindigkeitsmessanlage sollen die Geschwindigkeitsmessungen in den Quartieren, insbesondere in den 30er Zonen intensiviert werden.	Bis 2012	Legislaturplanung 2010 bis 2013 Massnahme 7.2.3
	Mit dem Langsamverkehrskonzept wurden vorhandene Sicherheitsschwachstellen erhoben die nun priorisiert und schrittweise saniert werden sollen. Für die Umsetzung sind zusätzliche Mittel erforderlich.	Ab 2010	Aufgabe der Abteilung Verkehr und Unterhalt
	Am Beispiel der Liebewilstrasse zwischen Mengestorf und Liebewil, soll ein Konzept über den Umgang mit trottoirlosen Ausserortsabschnitten erarbeitet werden, die insbesondere von Schülerinnen und Schülern genutzt werden.	2010	Aufgabe der Abteilung Verkehr und Unterhalt
	Insbesondere zu Gunsten der Sicherheit für den Veloverkehr ist dem Werterhalt der Strassen vermehrt Beachtung zu schenken. Löcher in der Fahrbahn, Flicke und viele Bitumenstreifen bergen erhebliches Gefahrenpotenzial.	Ab 2010	Aufgabe der Abteilung Verkehr und Unterhalt
	Der Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung im Perimeter von Schulhäusern und Schulwegen wird kurzfristig besondere Beachtung geschenkt. Mit der Umsetzung wird ein Beitrag zur Verbesserung der sozialen Sicherheit geleistet.	Ab 2010	Aufgabe der Abteilung Verkehr und Unterhalt Dient auch für den Bereich Prävention Vandalismus, Littering und Jugendgewalt

Videüberwachung	<p>Mit der Verabschiedung der Verordnung über den Einsatz von Videoüberwachungsgeräten hat der Regierungsrat für die Gemeinden die Möglichkeit geschaffen, solche Geräte einzusetzen.</p> <p>Die neu gebildete Arbeitsgruppe „Sicherheit im öffentlichen Raum“ soll deshalb prüfen, ob für die im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde liegenden Verantwortlichkeiten (Zweck, Zuständigkeit, Bekanntgabe, Datenschutz und Inkrafttreten) ein „Reglement über die Videoüberwachung auf öffentlichem Grund sowie zum Schutz öffentlicher Gebäude“ geschaffen werden soll.</p>	2011	Analog Stadt Bern Reglementsgenehmigung im Kompetenzbereich Parlament.
Schulanlagen Schulen	<p>Durch ein privates Sicherheitsunternehmen werden</p> <ul style="list-style-type: none"> • alle Schulanlagen abends, einmal pro Woche von Montag bis Freitag und • einzelne (Brennpunkte) Schulanlagen, am Freitag- und Samstagabend <p>berundet.</p> <p>Die Kapo berundet die Brennpunkte ebenfalls zusätzlich (s. Prävention Vandalismus, Littering und Jugendgewalt).</p>	<p>Jährlich vom Frühling bis Herbst.</p> <p>Umgesetzt seit Frühling 2010</p>	<p>Eindämmen von Vandalismus, Littering, Alkohol- und Drogenkonsum, Gewalt etc. auf den Schulanlagen.</p> <p>(Bereits seit Jahren werden einzelne Schulanlagen (Brennpunkte) durch private Sicherheitsunternehmen berundet.)</p>
	<p>Teilrevision der Verordnung (vormals Reglement) über die Benützung der Schul- und Sportanlagen</p>	<p>Per 1. September 2010</p>	<p>Gegenüber dem bisherigen Reglement gelten die nun in einer Verordnung festgehaltenen Benützungsregeln, als öffentliches Recht. Die Gemeinde kann zum Vollzug nötigenfalls (das heisst, wenn polizeiliche Massnahmen nötig werden) die Kantonspolizei beiziehen (Art. 10a Abs. 2 und Art. 11 Abs. 1 des kantonalen Polizeigesetzes). Die Kantonspolizei hat diesfalls insbesondere auch die Kompetenz, die Identität von Personen festzustellen.</p> <p>Durch die Verordnung besteht also eine bessere Möglichkeit, die Polizei in schwierigen Situationen punktuell beizuziehen.</p>
	<p>Umgehendes Entfernen von</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sprayereien, Graffitis, Tags etc. an exponierten Wänden • Sprayereien, Graffitis, Tags etc. die rassistisch, 	<p>seit Jahren</p>	<p>Massnahmen gegen Sprayereien, Graffitis, Tags etc.</p>

	<p>sexistisch, persönlichkeitsverletzend, gewaltverherrlichend etc.</p> <p>Graffitienschutz (Schutzanstriche) an exponierten Fassaden und Wänden.</p>		
	<p>In Zusammenarbeit mit den Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern ist ein Projekt geplant, dass die Sicherheit und den Vandalismus auf den Schul- und Sportanlagen aus gesellschaftlicher Sicht angehen soll.</p>		

Köniz, 30. August 2010

Organisatorische Neuausrichtung im Bereich "Sicherheit im öffentlichen Raum" (Beschluss Gemeinderat vom 15. September 2010)

1. Ausgangslage

Die Koordinationsgruppe Soziale Sicherheit unter der Leitung der AJG, wurde ursprünglich zur Verbesserung der Zusammenarbeit und Vernetzung innerhalb der sozialen Einrichtungen und mit der Polizei geschaffen.

Im Bereich der Einzelpersonen, d.h. häusliche Gewalt und Amtshilfe konnte die Zusammenarbeit fest installiert werden und hat sich bewährt. In den letzten Jahren hat sich der Themenschwerpunkt auf den Bereich "Sicherheit im öffentlichen Raum" verlagert. Mit der Neuorganisation der Polizei (Police Bern) haben sich zudem auch die Strukturen innerhalb der Verwaltung verändert (Wegfall Gemeindepolizei).

Die bestehende Koordinationsgruppe Soziale Sicherheit, in deren heutigen Zusammensetzung und unter der Federführung der Abteilung Alter, Jugend und Gesundheit, hat sich überholt und ist in dieser Form nicht mehr zweckmässig.

2. Ziel der Neuausrichtung

Mit der Neuausrichtung „Sicherheit im öffentlichen Raum“ soll die Koordination aller involvierten Verwaltungsstellen in der Gemeinde Köniz koordiniert werden. Insbesondere wird die Zusammenarbeit hinsichtlich der ordnungspolizeilichen und sozialen Massnahmen im öffentlichen Raum koordiniert und dadurch verbessert.

3. Schlussfolgerung:

3.1. Schaffung einer Arbeitsgruppe "Sicherheit im öffentlichen Raum"

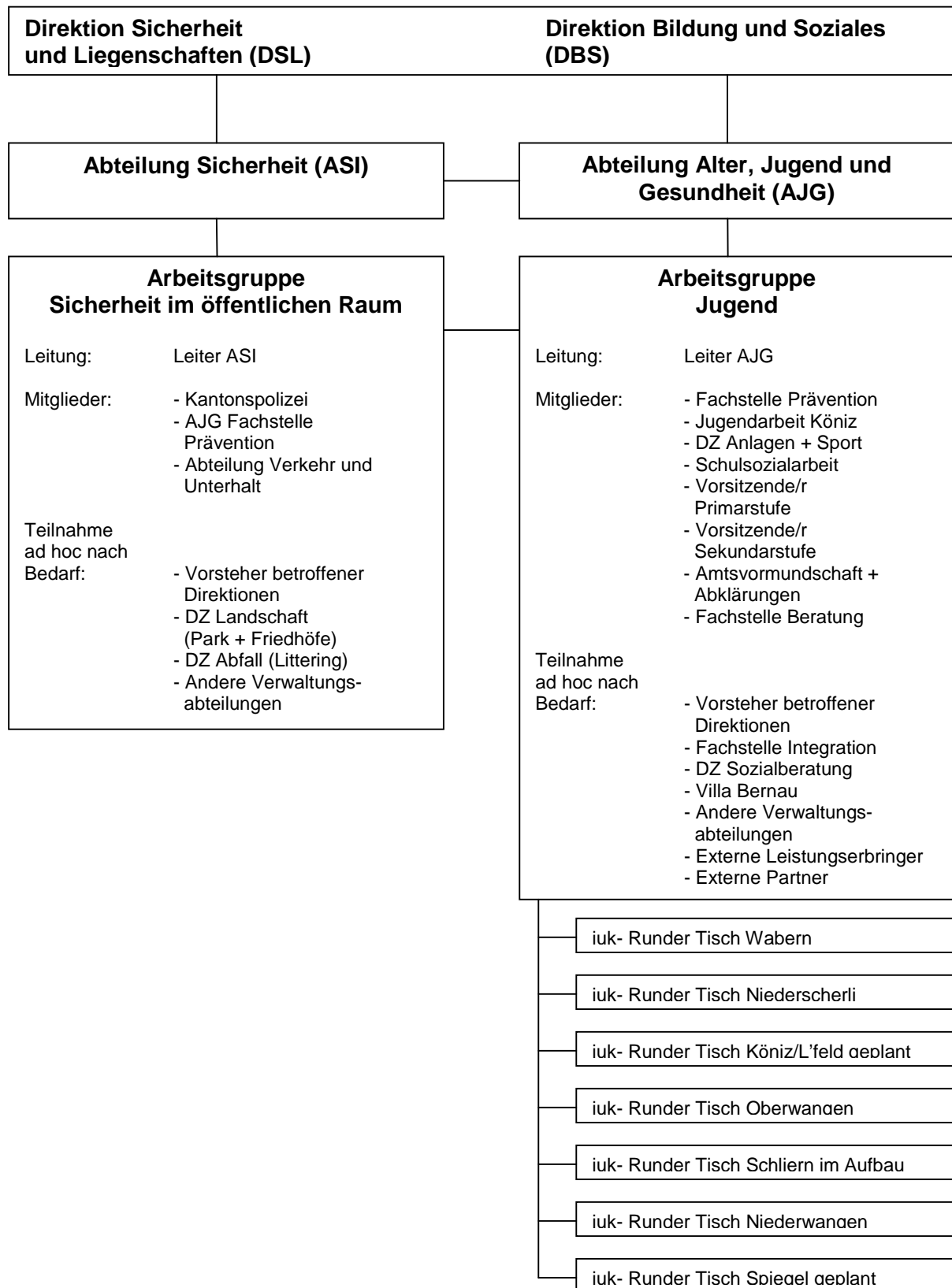
- Neu soll eine Arbeitsgruppe "Sicherheit im öffentlichen Raum" unter der Federführung der Abteilung Sicherheit geschaffen werden.

3.2. Umbenennung der bisherigen Koordinationsgruppe "Soziale Sicherheit" in eine Arbeitsgruppe „Jugend"

- Neu soll eine Arbeitsgruppe "Jugend" unter der Federführung der Abteilung Alter, Jugend und Gesundheit geschaffen werden.

4. Neuorganisation ab 2010

4.1. Organigramm



4.2. Aufgaben und Zuständigkeiten Arbeitsgruppe Sicherheit im öffentlichen Raum

- Hauptaufgabe ist die Bearbeitung von Problemen im öffentlichen Raum mit ordnungspolizeilichen Massnahmen.
- Antragstellung an Gemeinderat
- Sie stellt die erforderliche Koordination zur Abteilung Alter, Jugend und Gesundheit sicher.
- Sie stellt die erforderliche Koordination zu den übrigen allfällig betroffenen Verwaltungseinheiten sicher.
- Sie bringt die Anliegen und Bedürfnisse in die Reportingsitzungen und in die Jahresplanungen mit der KAPO ein.
- Sie pflegt die Zusammenarbeit mit Bernmobil, SBB, BLS betreffend Busstationen und Bahnhöfe.

4.3. Aufgaben und Zuständigkeiten der Arbeitsgruppe Jugend

- Hauptaufgabe ist die Koordination und Vernetzung der verschiedenen Stellen der Sozial-, Gemeinwesen- und Jugendarbeit und der Schulen.
- Sie ist zuständig für die Koordination zur Abteilung Sicherheit.
- Sie berät und unterstützt die Einrichtungen im Sozial- und Schulbereich bei Entwicklung von Massnahmen.
- Sie koordiniert die Massnahmen im Sozial- und Schulbereich und stellt die Kontrolle über die Umsetzung der beschlossenen Massnahmen sicher.
- Sie ist zuständig für ein regelmässiges Monitoring mittels Intranetplattform, auf welche alle Beteiligten Zugriff haben.
- Mit gezielter Betreuung von auffälligen Jugendlichen will die Arbeitsgruppe systembedingte Schlupflöcher in der sozialen Betreuung (AJG, Vormundschaft, Jugendarbeit und Schulsozialarbeit) schliessen.

4.4. Zusammensetzung, Aufgaben und Zuständigkeiten der Runden Tische

- In der Regel setzen sich die Runden Tische aus Vertretern der Jugendarbeit Köniz, der Polizei, den Orts-, bzw. Quartierorganisationen, den Kirchen, der Schulen und der FS Prävention zusammen.
- Die Jugendarbeit Köniz ist zuständig für den Aufbau, die Organisation und die regelmässige Durchführung.
- Aufgaben der Runden Tische sind:
 - Sicherstellung der Vernetzung vor Ort.
 - Erkennen von Problemen im Lebensraum von Jugendlichen vor Ort.
 - Gegenseitige Unterstützung bei der Entwicklung und Umsetzung von Massnahmen.